



9. März 2010

PRESSEERKLÄRUNG

Die SPD-Fraktion hat mich im Zusammenhang mit den Vorgängen in der HOWOGE aufgefordert, mein Mandat als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aufzugeben. Dazu nehme ich wie folgt Stellung:

1. Ich bedauere zutiefst, wenn es im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen der HOWOGE zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist. Ich habe zu keiner Zeit wissentlich gegen Vergaberichtlinien des Berliner Senats verstoßen und würde ein derartiges Verhalten auch nie billigen. In diesem Zusammenhang sei der Hinweis erlaubt, dass sich die Richtlinien ausschließlich an den Auftraggeber richten. Ich hatte keinerlei Kenntnisse über mögliche Verstöße der HOWOGE.
2. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass mein Unternehmen Aufträge, die es in den vergangenen 13 Jahren von der HOWOGE oder auch von anderen Auftraggebern erhielt, kontinuierlich im Internet offengelegt hat. Damit haben wir deutlich mehr Transparenz walten lassen als rechtlich gefordert und im Markt üblich ist.
3. Zu keinem Zeitpunkt habe ich gegen die Verhaltensregeln des Berliner Abgeordnetenhauses verstoßen. Auch hier habe ich meine Tätigkeiten regelmäßig und wahrheitsgetreu offengelegt.
4. Auch den Vorstand der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus habe ich ständig über meine unternehmerischen Aktivitäten informiert. Der Fraktionsvorstand hielt meine Tätigkeit im Bauausschuss, dem ich seit Beginn angehöre, stets nicht nur für unbedenklich sondern ausdrücklich für wünschenswert.
5. Angesichts dieser Lage sehe ich keinen Grund, mein Mandat als Abgeordneter des Abgeordnetenhauses des Landes Berlin zurück zu geben. Ein solcher Schritt würde zwangsläufig als Eingeständnis eines Fehlverhaltens gewertet, dessen ich mich aber nicht schuldig gemacht habe.

Von 1990 bis 1991 war ich Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und seit 1991 gehöre ich mit Ausnahme der Wahlperiode 1995 bis 1999 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Mein Antrieb war es immer, als frei und direkt gewählter Abgeordneter den Interessen Berlins zu dienen. Als Vorsitzender des Petitionsausschusses habe ich mir über die Parteigrenzen hinweg einen Namen gemacht als engagierter und kenntnisreicher Anwalt der Bürger, der sich unabhängig von Parteiinteressen für die Gerechtigkeit der Berlinerinnen und Berliner einsetzt. Mein Know how als Unternehmer und Bauingenieur habe ich über viele Jahre erfolgreich zum Wohle der Stadt in den Bauausschuss eingebracht. Es ist selbstverständlich, dass ich als Unternehmer sehr viel eher in die Gefahr von Interessenvermengungen gerate als es etwa bei Lehrern oder Beamten der Fall wäre. Aber ist es nicht im Interesse der Stadt, dass gerade auch unternehmerische Kompetenz im Parlament vertreten ist? Ich habe die beiden Sphären zu jeder Zeit sorgfältig voneinander getrennt. Trotzdem bin ich jetzt in eine Situation geraten, in dem mein Ruf als engagierter sozialdemokratischer Politiker und als vertrauensvoller Unternehmer gefährdet ist. Das ist bitter. Ich werde dafür kämpfen, diesen Ruf wiederherzustellen.

Ralf Hillenberg